

# Armee enttarnt Islamisten

Verdacht auf dschihadistisch motivierten Extremismus – Waffenabgabe soll verschärft werden

VON FABIENNE RIKLIN

Schon lange vor den Terroranschlägen von Paris hat die Schweizer Armee eine Fachstelle Extremismus eingerichtet. Seit ihrer Einführung 2002 werden dort jährlich rund 30 Fälle bearbeitet. Bei Verdacht auf eine extremistische Gesinnung können sich Angehörige der Armee, aber auch Bürger an die Fachstelle wenden.

Meistens ging es im vergangenen Jahr um Hinweise auf Rechtsextremismus. Diese machten 25 von insgesamt 31 Fällen des Jahres 2014 aus. Doch vier Personen wurden des islamistisch oder dschihadistisch motivierten Extremismus verdächtigt. Was mit ihnen passierte, teilt die Armee nicht mit. Dem Linksextremismus wurden zwei Fälle zugeordnet.

Eine extreme und radikale Art, den Islam zu praktizieren, kann genügen, um von der Armee ausgeschlossen zu werden. So erliess die Fachstelle vor fünf Jahren eine Risikoverfügung gegen einen damals 27-jährigen Oberleutnant wegen möglicher «Staatsgefährdung». Das aktive Mitglied des umstrittenen Islamischen Zentralrats (IZRS) zog den Entscheid der Armee ebenfalls vor das Bundesverwaltungsgericht. Allerdings blitzte er ab.

**DER ZÜRCHER** SP-Nationalrätin Chantal Galladé genügen die Grundlagen, um gegen Extremisten vorzugehen, aber nicht. Sie fordert in einer Motion: keine Ordonnanzwaffen für gewaltverherrlichende Extremisten. Der Auslöser für ihren Vorstoss ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Frühsommer 2014, wonach ein Tessiner trotz rechtsextremen Gedankenguts und Nazi-Tattoo ins Militär darf – gegen den Willen der Armee. Diese wollte den Tessiner wegen seines «erhöhten Gewaltpotenzials» nicht zum Dienst zulassen. Doch der junge Mann zog vor Bundesgericht und bekam Recht.

«Diese Gesetzeslücke darf es nicht geben», sagt Galladé. Deshalb will sie



Vergangenes Jahr fielen 1213 angehende Rekruten beim Sicherheits-Check durch.

KEYSTONE/MARTIN RÜTSCHI

über eine Änderung des Militärgesetzes die Personensicherheitsprüfung der Armee gesetzlich festhalten. «Es kann nicht sein, dass die militärische Gefahreinschätzung unterwandert wird.»

Die Armee hat im August 2011 eine flächendeckende Personensicherheitsprüfung eingeführt. Alle angehenden Rekruten müssen diese durchlaufen. Wird bei einem jungen Mann oder einer jungen Frau ein erhöhtes Gewaltpotenzial festgestellt, findet eine genaue Risikoabklärung statt. Ausschlaggebend für eine solche können gewalttätige Handlungen sein. Die Armee stützt sich bei dieser Beurteilung auf Dokumente ziviler Behörden, wie Gerichtsurteile oder Polizeirapporte. «Uns geht es darum, al-

les zu unternehmen, um mögliche Gewaltdelikte mit Armeewaffen zu verhindern», sagt Armeesprecher Christoph Brunner. Letztes Jahr fielen 1213 angehende Rekruten beim Sicherheits-Check durch. Sie erhalten weder eine Waffe, noch werden sie in den Armee-Dienst eingeteilt. «Wir können es uns erlauben, genau hinzusehen», sagt Brunner. Auch deswegen dauert die Rekrutierung im Unterschied zu früher nicht einen halben Tag, sondern bis zu drei Tage.

**DASS GEWALTVERHERRLICHENDE** Extremisten keine Armeewaffe erhalten, hat seit den Anschlägen in Paris neue Brisanz erhalten. «Die Sicherheitslage hat sich verändert, deshalb ist es wichtig,

dass es eine klare Regelung gibt», sagt Chantal Galladé. Es dürfe nicht sein, dass Extremisten die Armee via Gericht zwingen könnten, ihnen ein Sturmgewehr in die Hände zu drücken.

Die Schweizer Armee trägt als Institution zur Integration und nicht zu einer Radikalisierung bei. Das zeigt eine Untersuchung des Militärsoziologen Tibor Szvircsev Tresch von der Militärakademie an der ETH Zürich. So fühlt sich jeder dritte Secundo-Rekrut nach der RS schweizerischer und von der Gesellschaft besser akzeptiert. «Auch übernehmen sie hiesige Werte und distanzieren sich so von extremistischem Verhalten», sagt Szvircsev Tresch. Schwarze Schafe gebe es aber immer.

## Terrorgefahr: Zu wenig Polizisten

VON FABIENNE RIKLIN

Panzer, schwer bewaffnete Polizisten und Fallschirmjäger bestimmten vor zwei Wochen in Belgien das Strassenbild. Es galt die höchste Terrorwarnstufe. Wie wäre die Schweiz mit einer anhaltenden konkreten Bedrohung oder gar mit einem Terroranschlag umgegangen? «Um für den Ernstfall gewappnet zu sein, sollte man auch verschiedene Szenarien mit einer grösseren Übung durchspielen», sagt Christian Nünlist, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Am Mittwoch hat er einen Bericht zur Terrorbekämpfung veröffentlicht.

Dieser zeigt: Die Schweiz legt in der Terrorbekämpfung das Schwergewicht auf die Prävention und weniger auf repressive Terrorabwehr mit polizeilichen und militärischen Mitteln. Das Konzept heisst Preventing Violent Extremism. «Weltweit setzt sich diese Strategie langsam durch», sagt Nünlist. Denn mit diesem Ansatz würden auch die strukturellen Ursachen von gewalttätigem Extremismus präventiv angegangen.

**DIE SCHWACHSTELLEN** in der Schweiz sind gemäss Nünlist die fehlenden Polizisten. So beschäftigt Belgien für praktisch gleich viele Einwohner doppelt so viele Polizisten. «Umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und der Armee zu testen», sagt er.

Das sieht man auch beim Verband Schweizerischer Polizeibeamter so. «Bei den aktuellen Polizeibeständen ist dies der einzig gangbare Weg», sagt Max Hofmann, Sprecher des Verbands, «denn nach spätestens drei Tagen könnten wir eine Ausnahme-situation nicht mehr allein stemmen und müssten die Armee um Hilfe rufen.» Absolut notwendig sei es daher, die Korps aufzustocken – von heute 17 700 Polizisten auf 24 000.

Bei der Kantonalen Konferenz der Polizeikommandanten (KKPKS) geht man weniger weit. «2000 zusätzliche Polizisten in der Schweiz wären sicher sinnvoll», sagt Vladimir Novotny, Generalsekretär der KKPKS. Allerdings müsse die Arbeit auch mit dem heutigen Bestand funktionieren. «Wichtig ist daher, die Gefahren korrekt einzuschätzen und uns taktisch vorzubereiten.»

## Fifa: USA bestreiten, Medien mit Tipps zu versorgen

Die Kosten für Verhaftungen in Zürich trägt die Schweiz

VON HENRY HABEGGER

Zürich ist kein gutes Pflaster mehr für korrupte Fifa-Funktionäre. Zum zweiten Mal dieses Jahr verhaftete die Schweizer Polizei mehrere Mitglieder des Fifa-Exekutivkomitees. Diesmal traf es zwei Vizepräsidenten des Weltfussballverbands. Im Mai waren bereits sieben hohe Funktionäre in Zürich verhaftet worden.

Beide Male gingen die Verhaftungen medienwirksam über die Bühne. Beide Male waren Reporter der «New York Times» (NYT) im Hotel Baur au Lac, in dem die Funktionäre verhaftet wurden.

Dank Tipps aus den USA? Folco Galli, Sprecher des Schweizer Bundesamts für Justiz (BJ), das die Verhaftungen auf Gesuch der USA anordnete, sagt: «Für uns gilt immer noch, was der Bundesrat schon bei den letzten Verhaftungen sagte: Wer für die Vorinformation verantwortlich ist, ist nicht bekannt.» Aber: «Es ist eher unwahrscheinlich, dass die US-Behörden das sind, denn damit hätten sie den Erfolg der Operation gefährdet.»

**DIE SCHWEIZ HABE DIE** US-Behörden bereits zur Rede gestellt, sagt Galli: «Wir haben die Frage nach den ersten Verhaftungen mit den USA besprochen, und die haben uns versichert, sie hätten die NYT nicht vorinformiert.»

Wo also war das Leck, das der amerikanischen Zeitung zu den Welt-Primeurs auf Schweizer Boden verhalf? BJ-Sprecher Galli sagt: «Es gibt keine An-

haltspunkte, dass die Information auf Schweizer Seite herausging. Bei uns waren nur einige wenige Leute im Departement informiert.»

Laut Galli muss es aber gar keine undichte Stelle gegeben haben. «Es gibt andere denkbare Erklärungen», sagt er. «Eine ist: US-Justizministerin Lynch hat am 14. September an einer Medienkonferenz gesagt, dass weitere Verhaftungen anstehen. Und der Sitzungstermin des Fifa-Exekutivkomitees in Zürich war auf der Fifa-Homepage publiziert. Denkbar, dass die NYT, die offensichtlich über sehr grosse Ressourcen verfügt, eins und eins zusammengezählt und Leute auf gut Glück vor Ort geschickt hat.»

**GALLI NIMMT** auch die hiesige Polizei in Schutz: «Es stimmt nicht, dass die Verhaftungen im amerikanischen Stil durchgeführt wurden. Es gab insbesondere keine Fotos, wie Personen in Handschellen abgeführt wurden.» So ist mit weiteren Verhaftungsrunden in Zürich zu rechnen, falls sich die Fifa-Funktionäre überhaupt noch hierher trauen: Im Februar 2016 ist wieder ein Kongress angesagt, für die Wahl von Sepp Blatters Nachfolger.

Auch kommende Verhaftungsrunden sponsert übrigens die Schweiz. «Die Kosten tragen wir als ersuchter Staat», sagt Galli. «Das ist so im Auslieferungsvertrag festgehalten. Die Amerikaner tragen umgekehrt auch die Verfahrenskosten, wenn sie gesuchte Personen an die Schweiz ausliefern.»

## Einwanderung: Rasa-Initianten kritisieren Schutzklausel

Die neue Strategie des Bundesrats sei kein Anlass, die Rasa-Initiative zurückzuziehen

VON PATRIK MÜLLER

Im Poker um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative spielt eine Gruppierung mit, die Ende Oktober die Rasa-Initiative eingereicht hat («Raus aus der Sackgasse»). Das in kurzer Zeit zustande gekommene Begehren verlangt, dass der Verfassungsartikel gegen die Masseneinwanderung wieder aus der Bundesverfassung entfernt wird. Die Rasa-Urheber sind allerdings bereit, ihre Initiative zurückzuziehen, wenn Bundesrat und Parlament die Masseneinwanderungsinitiative so umsetzen, dass die bilateralen Verträge nicht gefährdet werden.

Was halten die Rasa-Initianten vom Umsetzungskonzept, das der Bundesrat am Freitag vorgestellt hat – konkret von der Schutzklausel, die ab einer gewissen Schwelle die Einwanderung begrenzen soll? «Für den Fortbestand der bilateralen Verträge wird entscheidend sein, wie diese Schutzklausel im Detail aussieht», sagt Thomas Geiser, Rechtsprofessor an der Universität St. Gallen und Mitglied des Initiativkomitees. Doch er hat grundsätzliche Vorbehalte: «Eine Schutzklausel erfüllt die Vorgabe von Art. 121a der Bundesverfassung (Masseneinwanderung) nicht», betont er. «Diese Verfassungsbestimmung verlangt nicht eine Schutzklausel, sondern Kontingente und einen Inländervorrang.» Der Wi-



«Widerspruch»: Thomas Geiser. HO

derspruch zur Verfassung bleibe somit auch mit einer Schutzklausel, sagt Geiser und ergänzt: «Selbstverständlich kann die Politik die Verfassung ignorieren. Das ist auch schon früher vorgekommen. Es ist aber nicht mein Demokratieverständnis, dass man sich aus Gründen der politischen Vernunft über die Verfassung hinwegsetzt.» Das Fazit: «Die Politik sollte sich entweder an die Verfassung halten oder diese ist in einer erneuten Volksabstimmung an das politische Gebotene und Machbare anzupassen», sagt Geiser: «Dafür haben wir die Rasa-Initiative.» Die Frage eines Rückzugs stelle sich nicht. Ein weiteres Initiativkomitee-Mitglied, der Zürcher Staats-

rechtsprofessor Andreas Auer, teilt Geisers Einschätzung.

Somit ist klar: Der Strategiewechsel des Bundesrats – von einer konsequenten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hin zu einem pragmatischeren, wirtschaftsfreundlichen Ansatz – überzeugt die Rasa-Initianten nicht, zu deren Unterstützern auch Prominente wie Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Alt-Bundesgerichtspräsident Giuseppe Nay, der Fussballer Andy Egli und Clown Dimitri gehören.

«Raus aus der Sackgasse» stürzt den Bundesrat und die Parteien, welche die Masseneinwanderungsinitiative abgelehnt haben, in ein Dilemma: Sie teilen das Ziel der neuen Initiative, halten sie aber für taktisch falsch. FDP-Präsident Philipp Müller sagte, Rasa könnte kontraproduktiv sein: Wenn die Vorlage hoch abgelehnt werde, würde dies als Signal gegen die Bilateralen gewertet und diese dann erst recht gefährden. Auch CVP und SP sind skeptisch. Man befürchtet, dass die Initiative nur schon wegen des Ständemehrs chancenlos sei. Die Unterschriften hatten die Initianten in den Städten locker zusammengebracht, und sie konnten dank einem Budget von 500 000 Franken – Milliardär Hansjörg Wyss gehörte zu den Sponsoren – aus dem Vollen schöpfen. Eine Initiative an der Urne zu gewinnen, ist ungleich schwieriger.